

Satzung des EX-IN Niedersachsen e. V.

§ 1 Name, Sitz, Eintragung, Geschäftsjahr

- (1) Der Verein trägt den **Namen** EX-IN Niedersachsen.
- (2) Er hat den **Sitz** in Hannover.
- (3) Er wird nach ordnungsgemäßer Gründung und in Abstimmung mit EX-IN Deutschland e.V. in das Vereinsregister beim Amtsgericht in Hannover **eingetragen**.
- (4) Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.

§2 Vereinszweck

1. Der Verein verfolgt gemäß §52 Absatz 2 der Abgabenordnung ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige und mildtätige Zwecke im Sinne des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“. Der Zweck des Vereins ist die Förderung der Bildung sowie die Förderung der Wohlfahrtspflege. Insbesondere wird der Zweck durch die Einbeziehung von Experten aus Erfahrung in die psychiatrische Versorgung verwirklicht, dazu werden EX - IN Ausbildungen für den entsprechenden Personenkreis angeboten.
2. Er bezweckt insbesondere die
 - Förderung der Beteiligung und Eingliederung von sozial Benachteiligten und ausgegrenzten Menschen im Sinne der Inklusion (Jeder Mensch erhält die Möglichkeit, sich vollständig und gleichberechtigt an allen gesellschaftlichen Prozessen zu beteiligen – und zwar von Anfang an und unabhängig von individuellen Fähigkeiten, religiöser, ethnischer wie sozialer Herkunft, Geschlecht oder Alter.)
 - Koordination und Vernetzung der EX-IN Initiativen im Niedersächsischem Raum und Vernetzung auf Bundeseben
 - Förderung und Initiierung von nicht-psychiatrischen Hilfeangeboten
 - Durchführung von EX-IN Kursen, Unterstützung der Absolventen von Experten durch Erfahrung bei der Arbeitsplatzfindung und deren gleichberechtigte und partnerschaftliche Einbeziehung in die Planung und den Aufbau psychosozialer und psychiatrischer Hilfeangebote
 - Förderung der Bildung sowie die Förderung der Wohlfahrtspflege
3. Der Satzungszweck wird insbesondere verwirklicht durch:
 - Öffentlichkeitsarbeit durch Aufklärung, Informationen und Angebote für das Gemeinwesen
 - Beratung von Betroffenen für Betroffene (Peer- Beratung)
 - die Einhaltung von Standards für EX-IN Kurse und für die Beschäftigung von ExpertInnen durch Erfahrung
 - die rechtliche und arbeitspolitische Anerkennung von EX-IN Kursen
 - Weiterentwicklung des Lehrplans einschließlich der Inhalte und Zielen, Methoden und Ergebnisse (Curriculums)
 - Durchführung von Weiterbildungen und Tagungen
 - Förderung der Selbsthilfe im Gesundheits- und Sozialwesen unter der besonderen Berücksichtigung der Menschen mit psychischen Erkrankungen

Zu §2 Vereinszweck

Der Satzungszweck wird insbesondere verwirklicht durch:

- Förderung der Prävention durch aufsuchende Arbeit entsprechender Einrichtungen und Personenkreise
- Beratung von Institutionen zu Beteiligung von ExpertInnen durch Erfahrung
- Aktiver Vernetzung und Schaffung eines beständigen und partnerschaftlichen Austausches mit Politik, Institutionen, Vereinen und Kostenträgern im Sinne des Satzungszweckes
- Evaluation und Forschung

§ 3 Selbstlosigkeit

- (1) Der Verein ist selbstlos tätig; er verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke.
- (2) Mittel des Vereins dürfen nur für die satzungsmäßigen Zwecke verwendet werden. Mitglieder und Vorstandsmitglieder erhalten Aufwendungsersatz. Der Aufwendungsersatz kann in Form des Auslagenersatzes (Erstattung tatsächlicher Aufwendungen) oder in Form der pauschalen Aufwandsentschädigung oder Tätigkeitsvergütung (z.B. Ehrenamtspauschale in Höhe des Ehrenamtsfreibetrages gemäß § 3 Nr. 26a EStG) geleistet werden. Maßgeblich sind die Beschlüsse des zuständigen Vereinsorgans, die steuerlichen Vorschriften und Höchstgrenzen sowie die finanzielle Leistungsfähigkeit des Vereins.“
- (3) Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck des Vereins fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.
- (4) Die Mitglieder erhalten in ihrer Eigenschaft als Mitglieder keine Zuwendungen aus Mitteln des Vereins

§ 4 Finanzierung

Die Mittel zur Erfüllung seiner Aufgaben erwirbt der Verein durch:

- Mitgliedsbeiträge
- Spenden
- öffentliche Zuwendungen
- sonstige Zuwendungen
- Durchführung von Weiterbildungen und Tagungen

§ 5 Mitgliedschaft

- (1) Mitglied des Vereins können
 1. natürliche Personen werden, die eine anerkannten EX-IN Trainer (Train-the-Trainer) Ausbildung erfolgreich abgeschlossen haben.
 2. natürliche Personen werden, die einen anerkannten EX-IN Kurs erfolgreich abgeschlossen haben.
 3. juristische Personen werden, die anerkannte EX-IN Kurse durchführen.
 4. natürliche und juristische Personen werden, die die Zielsetzung von EX-IN fördern. (Diese fördernden Mitglieder haben kein Stimmrecht.)
- (2) Über den Antrag auf **Aufnahme** in den Verein entscheidet der Vorstand.

Zu § 5 Mitgliedschaft

- (3) Die Mitgliedschaft endet durch natürliche und juristische Personen durch Austritt, Ausschluss oder Tod (bzw. Auflösung bei juristischen Personen).
- (4) Der **Austritt** eines Mitglieds ist nur zum Ende eines Kalenderjahres möglich. Er erfolgt durch schriftliche Erklärung gegenüber dem Vorstand unter Einbehaltung einer Frist von 3 Monaten.
- (5) Wenn ein Mitglied gegen die Ziele und Interessen des Vereins schwer verstoßen hat oder trotz Mahnung mit dem Beitrag für 1 Jahr im Rückstand bleibt, so kann es durch den Vorstand mit sofortiger Wirkung ausgeschlossen werden.
Dem Mitglied muss vor der Beschlussfassung **Gelegenheit zur Rechtfertigung beziehungsweise Stellungnahme** gegeben werden.
- (6) Gegen den Ausschlussbeschluss kann innerhalb einer Frist von zwei Monaten nach Mitteilung des Ausschlusses die nächste Mitgliederversammlung angerufen werden, die abschließend entscheidet.

§ 6 Beiträge

Die Mitglieder zahlen Beiträge nach Maßgabe eines Beschlusses der Mitgliederversammlung. Zur Festlegung der Beitragshöhe und -fälligkeit ist eine einfache Mehrheit der in der Mitgliederversammlung anwesenden stimmberechtigten Vereinsmitglieder erforderlich.

§ 7 Organe des Vereins

Organe des Vereins sind:

- Der Vorstand
- Der Beirat
- Die Mitgliederversammlung

§ 8 Der Vorstand

- (1) **Der Vorstand besteht aus** bis zu fünf stimmberechtigten Mitgliedern, wobei eine trialogische Besetzung (ExpertInnen durch Erfahrung, ExpertInnen durch Miterleben, ExpertInnen durch Beruf) den Vorrang hat. Über die Verteilung der Ämter (Vorsitzende/r, Stellvertreter/in, Schriftführer/in, Schatzmeister/in und Beisitzer/in) wird innerhalb des Vorstandes entschieden.
- (2) **Vorstand im Sinne des § 26 BGB sind:** Der Vorstand vertritt den Verein gerichtlich und außergerichtlich. Je zwei Vorstandsmitglieder sind gemeinsam vertretungsberechtigt.
- (3) Der Vorstand wird von der Mitgliederversammlung für die Dauer von 2 Jahren gewählt.
- (4) Die Wiederwahl der Vorstandsmitglieder ist möglich.
- (5) Die jeweils amtierenden Vorstandsmitglieder bleiben nach Ablauf ihrer Amtszeit so lange im Amt bis ihre Nachfolger gewählt sind.
Scheidet ein Vorstandsmitglied vorzeitig aus, ist der Vorstand berechtigt, ein kommissarisches Mitglied zu berufen. Ein so berufenes Mitglied bleibt bis zur nächsten Mitgliederversammlung im Amt.

Zu § 8 Der Vorstand

(6) Dem Vorstand obliegt die Führung der laufenden Geschäfte des Vereins. Er hat insbesondere folgende Aufgaben:

- Umsetzung der Beschlüsse der Mitgliederversammlung
- Abschluss und Kündigung von Arbeits- und Honorarverträgen
- Vorhalten von Fachberatung der Expertinnen durch Erfahrung im Praktikum oder Arbeitsverhältnis
- Erteilung von Mandaten an Mitglieder für die Vertretung in Beschwerde- und Schiedsstellen und Besuchs- und Ethikkommission
- Einsetzung von Arbeitskreisen, beratenden Gremien (fachlich und regional)
- Aufbau- und Pflege der partnerschaftlichen Zusammenarbeit mit allen Beteiligten des sozialpsychiatrischen und gesellschaftspolitischen Kontextes

(7) Der Vorstand kann für die Geschäfte der laufenden Verwaltung eine/n Geschäftsführer/in bestellen. Diese/r kann an den Sitzungen des Vorstands mit beratender Stimme teilnehmen.

(8) Vorstandssitzungen finden jährlich mindestens zweimal statt und sind öffentlich. Die Einladung zu Vorstandssitzungen erfolgt durch das dafür bestimmte Vorstandsmitglied oder seine/ihre Vertretung schriftlich unter Einhaltung einer Einladungsfrist von mindestens 4 Wochen. Vorstandssitzungen sind beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte der Mitglieder anwesend sind.

Die Vorstandssitzung wird protokolliert.

Der / die Schatzmeister/in verwaltet die Kasse des Vereins und führt ordnungsgemäß Buch. Sie / er legt der Mitgliederversammlung nach zwei Jahren, am Ende einer Amtsperiode der Mitgliederversammlung einen Rechenschaftsbericht vor.

(9) Der Vorstand fasst seine Beschlüsse mit einfacher Mehrheit.

(10) Beschlüsse des Vorstands können bei Eilbedürftigkeit auch schriftlich, elektronisch oder fernmündlich gefasst werden, wenn alle Vorstandsmitglieder ihre Zustimmung zu dem Verfahren schriftlich, elektronisch oder fernmündlich erklären. Schriftlich, elektronisch oder fernmündlich gefasste Vorstandsbeschlüsse sind schriftlich niederzulegen und von zwei Vorstandsmitgliedern zu unterzeichnen.

(11) Alle Vorstandsmitglieder arbeiten ehrenamtlich. Sie erhalten lediglich ihre notwendigen Auslagen ersetzt.

§ 9 Beirat

Der Verein befürwortet ausdrücklich im Sinne der Inklusion die Bildung eines Beirates, der aus 3-5 Mitgliedern bestehen soll, um die Mitglieder des Vorstandes aktiv zu begleiten und zu beraten.

Die Beiratsmitglieder, die auch Fördermitglieder sein können, werden durch die Mitgliederversammlung berufen. Ihre Amtszeit wird gleich den Vorstandsmitgliedern behandelt.

§ 10 Mitgliederversammlung

- (1) Die Mitgliederversammlung ist mindestens einmal jährlich einzuberufen.
- (2) Eine außerordentliche Mitgliederversammlung ist einzuberufen, wenn es das Vereinsinteresse erfordert oder die Einberufung von 30% der Vereinsmitglieder schriftlich und unter Angabe des Zwecks und der Gründe verlangt wird.
- (3) Die Einberufung der Mitgliederversammlung erfolgt **schriftlich durch** den Vorstand unter Wahrung einer **Einladungsfrist** von mindestens 4 Wochen bei gleichzeitiger Bekanntgabe der Tagesordnung.

Die Frist beginnt mit dem auf die Absendung des Einladungsschreibens folgenden Tag. Es gilt das Datum des Poststempels. Das Einladungsschreiben gilt dem Mitglied als zugegangen, wenn es an die letzte vom Mitglied dem Verein schriftlich bekannt gegebene Adresse gerichtet ist.

- (4) Die Mitgliederversammlung als das oberste Beschluss fassende Vereinsorgan ist grundsätzlich für alle Aufgaben zuständig, sofern bestimmte Aufgaben gemäß dieser Satzung nicht einem anderen Vereinsorgan übertragen wurden.

Ihr sind insbesondere die Jahresrechnung und der Jahresbericht zur Genehmigung schriftlich vorzulegen. Sie bestellt zwei Rechnungsprüfer, die weder dem Vorstand angehören noch Angestellte des Vereins sein dürfen, um die Buchführung einschließlich Jahresabschluss zu prüfen und über das Ergebnis vor der Mitgliederversammlung zu berichten.

Die Mitgliederversammlung entscheidet insbesondere über:

- a) Wahl, Abwahl und Entlastung des Vorstandes
 - b) Berufung und Abberufung von Beiratsmitgliedern
 - c) Aufgaben des Vereins
 - d) Abstimmung über das Anerkennungsverfahren und Standards für EX-IN Kurse und Qualitätskriterien für die Beschäftigung von ExpertInnen durch Erfahrung
 - e) An- und Verkauf sowie Belastung von Grundbesitz
 - f) Beteiligung an Gesellschaften
 - g) Mitgliedsbeiträge (siehe § 5)
 - h) Satzungsänderungen
 - i) Auflösung des Vereins
- (5) Jede satzungsmäßig einberufene Mitgliederversammlung wird als beschlussfähig anerkannt ohne Rücksicht auf die Zahl der erschienenen Vereinsmitglieder. Jedes Mitglied hat 1 Stimme. Das Stimmrecht ist nicht übertragbar.
 - (6) Die Mitgliederversammlung fasst ihre Beschlüsse mit einfacher Mehrheit. Bei Stimmgleichheit gilt ein Antrag als abgelehnt.

§ 11 Änderung des Zwecks und Satzungsänderung

- (1) Für die Änderung des Vereinszwecks und für andere Satzungsänderungen ist eine 3/4 Mehrheit der erschienenen Vereinsmitglieder erforderlich. Über Satzungsänderungen kann in der Mitgliederversammlung nur abgestimmt werden, wenn auf diesen Tagungsordnungspunkt bereits in der Einladung zur Mitgliederversammlung hingewiesen wurde und der Einladung sowohl der bisherige als auch der vorgesehene neue Satzungstext beigefügt worden waren.

Zu § 11 Änderung des Zwecks und Satzungsänderung

- (2) Satzungsänderungen, die von Aufsichts-, Gerichts- oder Finanzbehörden aus formalen Gründen verlangt werden, kann der Vorstand von sich aus vornehmen. Diese Satzungsänderungen müssen allen Vereinsmitgliedern alsbald schriftlich mitgeteilt werden.

§ 12 Beurkundung von Beschlüssen

Die in Vorstandssitzungen und in Mitgliederversammlungen gefassten Beschlüsse sind schriftlich **niederzulegen** und von dem/der Protokollführer/in zu **unterzeichnen**. Protokolle der Mitgliederversammlung werden vom Vorstand freigegeben und versandt. Innerhalb von 4 Wochen müssen Veränderungen eingereicht werden. Die Freigabe des Protokolls erfolgt durch die nächste Mitgliederversammlung.

§ 13 Auflösung des Vereins und Vermögensbindung

- (1) Für den Beschluss, den Verein aufzulösen, ist eine 3/4-Mehrheit der in der Mitgliederversammlung anwesenden Mitglieder erforderlich. Der Beschluss kann nur nach rechtzeitiger Ankündigung in der Einladung zur Mitgliederversammlung gefasst werden.
- (2) Bei Auflösung oder Aufhebung des Vereins oder bei Wegfall steuerbegünstigter Zwecke fällt das Vermögen an die Stiftung Gemeinsamhandeln für die Zustiftung Dorothea Buck Stiftung, die es ausschließlich und unmittelbar für gemeinnützige beziehungsweise mildtätige Zwecke zu verwenden hat.